

## A. c) Mitteilungen

### 01) 75 Jahre Potsdamer Konferenz Gemeinsame Veranstaltung mit der Deutschen Gesellschaft e.V.



#### Pressemitteilung

#### 75 Jahre Potsdamer Konferenz Gemeinsame Veranstaltung mit der Deutschen Gesellschaft

Am 30. September 2020, in der Zeit von 10 bis 17:30 Uhr, organisiert die Deutsche Gesellschaft e.V. die Tagung „75 Jahre Potsdamer Konferenz – ‚Friedens‘-Ordnungen und ‚ethnische Säuberungen‘ in Vergangenheit und Gegenwart“. Diese Tagung findet online im Livestream auf dem YouTube-Kanal der Deutschen Gesellschaft statt.

Als Kooperationspartner der Deutschen Gesellschaft für diese Veranstaltung freuen wir uns, Sie hiermit herzlich dazu einladen zu können.

Das Programm und den Link zum Livestream finden Sie auf der Internetseite:

<https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/1208-2020-potsdamer-konferenz.html>.

Diese Internetseite ist zusätzlich über die Startseite des Bundes der Vertriebenen verlinkt.

Sollten Sie keine Zeit haben, die Übertragung während der Veranstaltungszeit zu schauen, können Sie dies bei Interesse auf dem YouTube-Kanal der Deutschen Gesellschaft (<https://youtu.be/o4o2iChfUYg>) im Nachgang zur Veranstaltung jederzeit nachholen.

In der Konferenz werden Vertreter aus Wissenschaft, Politik, Presse und der deutschen Minderheiten geschichtliche Aspekte des Themas und Fragen der Gegenwart diskutieren. BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius wird als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten eine Begrüßungsansprache halten und gemeinsam mit Stephan Rauhut, dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien, am Podium „Potsdam 1945: Licht und Schatten des Kriegsendes für Deutschland“ teilnehmen.

Außerdem können u.a. mit Markus Meckel, Hartmut Koschyk, Dr. Gundula Bavendamm oder Bernard Gaida etliche weitere gleichermaßen interessante wie meinungsstarke Gäste begrüßt werden.

Die Konferenz wird die neuesten Forschungserkenntnisse zur Potsdamer Konferenz präsentieren und zur Diskussion einladen. Dabei soll es nach Angaben der Deutschen Gesellschaft zusätzlich zur Bewertung aus deutscher Sicht darum gehen, ostmitteleuropäische Perspektiven sichtbar zu machen.

Die Online-Tagung wird durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie das Nordost-Institut (IKGN e. V.) gefördert. Weitere Kooperationspartnerin ist die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

2. September 2020

Herausgeber:  
BdV-Bundesgeschäftsstelle  
Codenberger Allee 72-74  
53175 Bonn  
Telefon +49 (0)228 81007-0  
Telefax +49 (0)228 81007-52

Pressekontakt:  
Marc Pawel Halatsch  
Pressesprecher  
Pressehaus 4204  
Schiffbauerdamm 40  
10117 Berlin  
Telefon +49 (0)30 5858 443-50  
Telefax +49 (0)30 5858 443-57  
E-Mail [presses@bdvbund.de](mailto:presses@bdvbund.de)

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Beiliegende Fotos dienen ebenfalls der redaktionellen Verwertung bzw. der Veröffentlichung. Bitte beachten Sie die Urhebernennung sowie ggf. weitere Hinweise im Text. Sollten Sie weitere Fotomotivwünsche wünschen, sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.



## Seite 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 776 vom 17.09.2020

Wichtiger technischer Hinweis: Die Beteiligung des Publikums läuft nicht über die Kommentarfunktion, sondern per Live Chat auf YouTube. Sofern Sie über das Anschauen hinaus aktiv an der Veranstaltung teilnehmen wollen, benötigen Sie dafür einen Google- oder YouTube-Account.

Sollten Sie über keinen solchen Account verfügen oder keinen solchen anlegen wollen, können Sie Ihre Fragen dem verantwortlichen Veranstaltungsreferenten Jan Roessel per E-Mail ([jan.roessel@deutsche-gesellschaft-ev.de](mailto:jan.roessel@deutsche-gesellschaft-ev.de)) oder per Fax (030/88 412 223) zusenden. Diese werden dann dem Moderator vorgelegt.

Die weiteren Gäste bzw. organisatorischen Einzelheiten entnehmen sie bitte dem beiliegenden Faltblatt oder der o.g. Internetseite.

Über Ihre Teilnahme und auch über eine Veröffentlichung der Informationen in Netzwerken und Medien würden wir uns sehr freuen.

---

*Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Etwaig beiliegende Fotos dienen ebenfalls zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung. Bitte beachten Sie dabei die Urhebernennung. Bei Rückfragen sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.*

BdV – Bund der Vertriebenen  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Pressekontakt: Marc-Pawel Halatsch

Pressestelle Berlin  
Pressehaus 4204  
Schiffbauerdamm 40  
10117 Berlin  
Tel.: +49 (0)30 5858 443-50  
Fax: +49 (0)30 5858 443-57  
E-Mail: [presse@bdvbund.de](mailto:presse@bdvbund.de)  
Internet: [www.bund-der-vertriebenen.de](http://www.bund-der-vertriebenen.de)

Bundesgeschäftsstelle Bonn  
Godesberger Allee 72-74  
53175 Bonn  
Tel.: +49 (0)228 81007-28 (Pressestelle)  
Fax: +49 (0)228 81007-52

Unterstützen Sie die Anliegen des Bundes der Vertriebenen durch eine Spende an die gemeinnützige Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, Spendenkonto Deutsche Bank, Kontonummer 3 17 17 17, Bankleitzahl 380 700 24, IBAN DE76 3807 0024 0317 1717 00, BIC DEUTDEDB380. Informationen zum ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN finden Sie unter [www.z-g-v.de](http://www.z-g-v.de).





**75 JAHRE**

**POTSDAMER KONFERENZ**

**»FRIEDENS-ORDNUNGEN UND »ETHNISCHE SAUBERUNGEN« IN VERGANGENHEIT UND GEGENWART**

Die alliierten Nachkriegsplanungen von Teheran, Jalta und Potsdam legen nicht nur die Grundlage für die Teilung Europas und die Vertreibung von Millionen Deutschen, sondern auch für die sogenannte »Westverschiebung« Polens oder die neuen Grenzen Rumäniens. Das nationalsozialistische Deutsche Reich zerstörte mit dem von ihm initiierten Zweiten Weltkrieg, der NS-Rassendeckelung, dem Versuch »ethnischer Flurbereinigung« und dem Holocaust das ehemals multiethnische und multikonfessionelle Europa. Die Sowjetunion setzte die Politik ethnischer Homogenität mit ihrer stalinistischen »Völkerpolitik« fort.

Die westalliierten Siegermächte Großbritannien und USA trugen die sowjetischen Nachkriegsplanungen für Ostmitteleuropa und die damit verbundenen Vertreibungen 1945 und in den Folgejahren mit. Die bis heute immer wieder postulierte These, dass ethnisch oder konfessionell homogene Staaten nicht nur stabiler seien, sondern auch potenziellen Konflikten mit den Nachbarländern die Grundlage entziehen, waren auch für die Entscheider in Washington und London maßgeblich. Als Prototyp staatlich organisierter Vertreibungen gilt der Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei ab 1923.

Diese Gedankengänge sind heute wieder wulent. In Deutschland und Europa sind die Gesellschaften mit neuen Heterogenitäten herausgefordert, die entweder in ein gedeihliches Zusammenleben oder aber in Spaltungen der Gesellschaften münden können. Im Rahmen gegenwärtiger Konflikte wie etwa in Syrien oder Myanmar wird deutlich, dass Staaten weiter das Instrument der Vertreibung für ihre politischen Ziele nutzen.

Ein kritischer Blick auf Geschichte und Gegenwart ist nötig, um ein friedliches Zusammenleben zu sichern und Vertreibungen für immer zu ächten. In der Konferenz werden deshalb Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Politik, Presse und der deutschen Minderheiten die historische Thematik ebenso wie Fragen der Gegenwart diskutieren. Neben einer Evaluation der Chiffre »Potsdam« dient das Treffen auch der Stärkung der Netzwerke zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Wissenschaft. Die internationale Dimension der Konferenz unterstützt zudem den Anspruch, den oftmals noch vorherrschenden »nationalen Blick« zu ergänzen und gegebenenfalls zu korrigieren.

**Begrüßung:**

Markus Meckel  
Außenminister a. D., Stiftungsratsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Hartmut Koschyk  
Parlamentarischer Staatssekretär a. D., stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e. V.

Prof. Dr. Joachim Tauber  
Direktor des Nordost-Instituts (IKGN e. V.)

**Begrüßung und Ansprache**

Dr. Bernd Fabritius  
Beauftragter der Bundesregierung für Auslieferungsfragen und nationale Minderheiten

**Potsdam 1945: Licht und Schatten des Kriegsendes für Deutschland**

**Impulsvortrag**

Dr. Gundula Bavendamm  
Direktorin der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

**Podiumsdiskussion mit:**

Dr. Gundula Bavendamm

Dr. Bernd Fabritius

Stephan Rauhut  
Mitglied im Präsidium des Bundes der Vertriebenen, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien

Prof. Dr. Joachim Tauber

Linda Teuteberg MdB  
stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft e. V.

Sven Felix Kellerhoff  
Leitender Redakteur Zeit- und Kulturgeschichte, Die WELT / WELT am Sonntag

**Mittagspause**

10:00 Uhr

10:05 Uhr

10:10 Uhr

10:15 Uhr

**Themenblock I:**

10:30 Uhr

10:50 Uhr

Moderation:

12:00 Uhr

**Themenblock II:**

12:40 Uhr

13:00 Uhr

Moderation:

**Themenblock III:**

14:00 Uhr

14:20 Uhr

Moderation:

15:30 Uhr

**Die Vertreibung der Polen aus dem ehemaligen Ostpolen und der Ungarn aus der Slowakei: Bedeutung von Potsdam für Ostmitteleuropa**

**Impulsvortrag**

Dr. Krisztián Ungváry  
ungarischer Historiker und Zeitgeschichtler, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge

**Podiumsdiskussion mit:**

Dr. Kornelia Kořiczal  
wissenschaftliche Mitarbeiterin, Ludwig-Maximilians-Universität München, Historisches Seminar

Prof. Dr. Philipp Ther (angefragt)

Professor für Geschichte Ostmitteleuropas an der Universität Wien

Dr. Krisztián Ungváry

Sven Felix Kellerhoff  
Leitender Redakteur Zeit- und Kulturgeschichte, Die WELT / WELT am Sonntag

**Das Leben der deutschen Minderheiten im kommunistischen Ostmitteleuropa 1945 bis 1989 und die Lage der deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa heute**

**Impulsvortrag**

Bernard Galda  
Vorsitzender der VÖG – Verband der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in der FUEN (AGDM)

**Podiumsdiskussion mit:**

Bernard Galda

Hartmut Koschyk  
Parlamentarischer Staatssekretär a. D., stellv. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e. V.

Jaroslav Ostrčilík (angefragt)

Projektmanager Meeting Brno, Träger des Dehio-Preises Wochenblatt, Opole/Opeln

Dr. Rudolf Urban

Stellvertretender Direktor des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Sven Felix Kellerhoff  
Leitender Redakteur Zeit- und Kulturgeschichte, Die WELT / WELT am Sonntag

**Kaffeepause**





**Themenblock IV: Wider staatliche Zwangsmigration als Mittel von »Friedenslösungen« heute. Ein globaler Blick.**

**16:00 Uhr**  
**Impulsvortrag**  
 Gerald Knaus  
 Vorsitzender der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI)

**16:20 Uhr**  
**Podiumsdiskussion mit:**  
 Jan Diedrichsen  
 Bundesvorsitzender der Gesellschaft für bedrohte Völker  
 Wilfried Jilge  
 Osteuropahistoriker und Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)  
 Gerald Knaus  
 Dr. Sabine Mannitz  
 Vorstandsmitglied der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

**Moderation:**  
 Sven Felix Kellerhoff  
 Leitender Redakteur Zeit- und Kulturgeschichte.  
 Die WELT / WELT am Sonntag

**17:30 Uhr**  
**Schlusswort und Ende der Tagung**

Die wissenschaftliche Tagung wird durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie das Nordost-Institut (IKGN e.V.) gefördert. Sie findet in Projektpartnerschaft mit dem Bund der Vertriebenen (BdV) und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur statt.

**Informationen**

**Deutsche Gesellschaft e. V.**

Jan Roessel, M.A.  
 Referent EU & Europa  
 Deutsche Gesellschaft e. V.  
 Europäisches Informationszentrum

Mosse Palais  
 Voßstraße 22  
 10117 Berlin

Tel.: 030 88 41 2-251  
 Fax: 030 88 41 2-223  
 E-Mail: jan.roessel@deutsche-gesellschaft-ev.de

**Veranstalter:**

**Deutsche Gesellschaft e. V.**

Mosse Palais  
 Voßstraße 22  
 10117 Berlin

Tel.: 030 88 41 2-141  
 Fax: 030 88 41 2-223  
 E-Mail: dg@deutsche-gesellschaft-ev.de  
 www.deutsche-gesellschaft-ev.de



**Projektpartner:**

**Bund der Vertriebenen**  
 www.bund-der-vertriebenen.de

**Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur**  
 www.bundesstiftung-aufarbeitung.de



**Förderer:**

**Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat**  
 www.bmi.bund.de

**Nordost-Institut (IKGN e.V.)**  
 www.ikgn.de

**Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien**  
 www.bundesregierung.de/breg-de/  
 bundesregierung/staatsministerin-fuer-kultur-und-medien



# 75 JAHRE POTSDAMER KONFERENZ

»FRIEDENS«-ORDNUNGEN  
 UND »ETHNISCHE SÄUBERUNGEN«  
 IN VERGANGENHEIT UND GEGENWART



30. SEPTEMBER 2020  
 LIVESTREAM IM WEB  
 YOUTUBE-KANAL DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT E. V.  
 HTTPS://WWW.YOUTUBE.COM/USER/DEUTSCHEGESELLSCHAFT

GESTALTUNG: ULTRABRITANNI



**02) Franz-Werfel-Menschenrechtspreis 2020 für Bundespräsident a.D. Joachim Gauck**



ZENTRUM  
GEGEN  
VERTREIBUNGEN

27. August 2020

**Franz-Werfel-Menschenrechtspreis 2020  
für Bundespräsident a.D. Joachim Gauck**

Am Sonntag, den 8. November 2020, wird Bundespräsident a.D. Joachim Gauck um 12.00 Uhr in der Frankfurter Paulskirche mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN ausgezeichnet. Die Laudatio auf den Preisträger hält der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius, für die Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN spricht der Vorsitzende Dr. Christian Wagner. Auch der Hessische Ministerpräsident, Volker Bouffier, wird als Schirmherr sprechen.

Die Jury des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises würdigt mit der Preisverleihung das umfangreiche und vielfältige Wirken des Bundespräsidenten a.D. Joachim Gauck, der in unterschiedlichen Funktionen, zuletzt als höchster Repräsentant unseres Staates, die Verletzung von Menschenrechten durch Völkermord, Vertreibung und Genozid angeprangert hat.

Bei der Eröffnung der Ausstellung „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ im Jahr 2006 im Berliner Kronprinzenpalais sagte Joachim Gauck in einem Grußwort: „Weil im kollektiven Gedächtnis die wirkliche Wirklichkeit aufgehoben sein sollte, wird man also keinen Bogen machen dürfen um die Deutschen, die mit dem Leid der Vertreibung in so besonderer Weise belastet wurden. ... Der Blick auf die vielen Vertreibungsnotstände zeigt uns, dass es letztlich bei dem Thema nicht um deutsche Heimattümelei geht, sondern um eins, das Individuen als Opfer von Mächten, meist Diktatoren und Despoten sieht, dass es um geraubte Menschenrechte geht und um den Verlust dessen, was unsere Verfassung in Artikel 1 in den Mittelpunkt stellt: die Würde des Menschen.“ Neben dem Begriff der Freiheit, der untrennbar damit verbunden ist, hat Joachim Gauck damit sein zweites großes Lebensthema angesprochen, die Würde des Menschen.

Bereits im Jahr 2003 gehörte der Bürgerrechtler und Theologe zu den Unterstützern eines ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN und wandte sich mit anderen engagiert dagegen, dass „ein Vorhaben, das Sensibilität und Umsicht verlangt, zum Gegenstand rivalisierender Initiativen würde“.

ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN \* STIFTUNG DER DEUTSCHEN HEIMATVERTRIEBENEN  
ORGANISATIONSBÜRO \* GODESBERGER ALLEE 72-74 \* 53175 BONN  
TEL 0228/81 00 730 \* FAX 0228/81 00 752 \* [WWW.Z-G-V.DE](http://WWW.Z-G-V.DE) \* [INFO@Z-G-V.DE](mailto:INFO@Z-G-V.DE)  
SPENDENKONTO: DEUTSCHE BANK \* KTO-NR 317 1717 \* BLZ 380 700 24  
IBAN DE78 380 700 240 3171717 00 \* BIC (SWIFT) DEU DE DB380



Als Theologe und Publizist, als Bundesbeauftragter für die Stasiunterlagen und später als Bundespräsident hat Joachim Gauck in seinen Veröffentlichungen, seinen Reden immer wieder darauf hingewiesen, dass die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur nicht dazu führen dürften, das Unrecht an den vertriebenen Deutschen zu verschweigen.

Engagiert hat er sich immer wieder und in allen seinen Ämtern dafür ausgesprochen, dass die dauerhafte Erinnerung an die Vertreibung ein elementarer Teil deutscher Geschichte ist. „Das Erinnern, das Gedenken, das Bewahren der Traditionen, darf nicht allein in den Verbänden aufgehoben sein. Geschichte und Kultur der ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete gehören in das kollektive Gedächtnis der ganzen Nation“ waren seine Worte im Jahr 2016, als er als Bundespräsident zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen sprach. Einfühlsam sprach er vom „Erinnerungsschatten“, aus dem das Gedenken erst langsam heraustrete.

Joachim Gauck ist 1940 geboren, und war zu DDR-Zeiten evangelisch-lutherischer Pastor in Rostock. Er leitete die evangelischen Kirchentage 1983 und 1988 in der Hansestadt und war während der friedlichen Revolution Sprecher des Neuen Forums. 1990 wurde er Abgeordneter der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR (für Bündnis 90). Von 1991 bis 2000 war Joachim Gauck Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Am 18. März 2012 wählte die Bundesversammlung Joachim Gauck zum elften Bundespräsidenten. Bis 2017 war er höchster Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland.

Der mit 10.000 € dotierte Franz-Werfel-Menschenrechtspreis wird alle zwei Jahre an Einzelpersonen, Initiativen oder Gruppen verliehen, die durch ihr Handeln das Verantwortungsbewusstsein gegenüber Menschenrechtsverletzungen durch Völkermord, Vertreibung oder die bewusste Zerstörung nationaler, ethnischer oder religiöser Gruppen schärfen.

Mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis wurden bisher ausgezeichnet:

- 2018 Prof. Dr. Michael Wolffsohn
- 2016 Freya Klier
- 2014 Rick Ostermann
- 2012 Prof. Dr. Karl Schlögel
- 2010 David Vondráček
- 2009 Herta Müller
- 2007 György Konrad
- 2005 Bischof Dr. Franjo Komarica
- 2003 Dr. Mihran Dabag, Věra Vítová, Petr Kulíšek sowie Jan Piňos





03) 20 Jahre Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen (ZgV)



ZENTRUM  
GEGEN  
VERTREIBUNGEN

**20 Jahre Stiftung  
ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN (ZgV)**

4. September 2020

Hierzu erklärt der Vorsitzende, Dr. Christean Wagner:

Vor 20 Jahren, am 6. September 2000, wurde von den Vertriebenen und ihren Verbänden sowie mit breiter Zustimmung aus vielen gesellschaftlichen Richtungen und politischen Gruppen die gemeinnützige Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen Zentrum gegen Vertreibungen mit Sitz in Wiesbaden gegründet.

Die Stiftung will das Thema Flucht und Vertreibung als Teil deutscher und europäischer Geschichte nicht nur als historisches und kulturelles Forschungsgebiet identifiziert wissen, sondern als lebendige Erinnerung und als Mahnung mitten in unserer Gesellschaft verankern. Dabei geht es nicht nur um das Schicksal der mehr als 14. Millionen Deutschen, die im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg von Flucht und Vertreibung betroffen waren, sondern auch um die Schicksale vieler anderer europäischer Völker. Das ZgV steht in Solidarität mit allen Opfern von Vertreibung und Genozid.

Während der Gründungsphase gab es kontroverse politische und historische Auseinandersetzungen um die Stiftung, u.a. unterstellte man ihr, völlig zu Unrecht, rückwärtsgewandte Intentionen. Unter der Federführung von Erika Steinbach – der Initiatorin, damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen – sowie dem SPD-Politiker Peter Glotz entwickelte die Stiftung allerdings erfolgreich Diskussionsforen, organisierte Veranstaltungen und brachte das Thema Flucht und Vertreibung der Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges in die breite Öffentlichkeit.

Früh erhielt die Stiftung zahlreiche Unterstützung. Unter anderen sprach sich Bundeskanzlerin Angela Merkel wiederholt für ein Zentrum gegen Vertreibungen aus. Auch unter Historikern, wie z.B. Julius H. Schoeps, Lothar Gall und Michael Wolffsohn, fanden sich viele Befürworter. Zu ihnen zählte auch der Journalist Ralph Giordano.

Dies alles führte schließlich auch dazu, dass die Bundesregierung die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung gründete.

ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN \* STIFTUNG DER DEUTSCHEN HEIMATVERTRIEBENEN  
ORGANISATIONSBÜRO \* GODESBERGER ALLEE 72-74 \* 53175 BONN  
TEL 0228/81 00 730 \* FAX 0228/81 00 752 \* [WWW.Z-G-V.DE](http://WWW.Z-G-V.DE) \* [INFO@Z-G-V.DE](mailto:INFO@Z-G-V.DE)  
SPENDENKONTO: DEUTSCHE BANK \* KTO-NR 317 1717 \* BLZ 380 700 24  
IBAN DE76 380 700 240 3171717 00 \* BIC (SWIFT) DEU DE DB380



Die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen hat in den vergangenen 20 Jahren viel erreicht, gelungen, im politischen und gesellschaftlichen Raum das Bewusstsein zu schaffen, dass das Schicksal der deutschen Vertriebenen als Teil der gesamtdeutschen Geschichte in dauerhafter Erinnerung bleiben muss.

Unter dem Dach des ZgV wurde 2006 die erste Ausstellung „Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ unter großer internationaler Beachtung im Berner Kornprinzenpalais eröffnet. 2009 folgte die Ausstellung „Die Gerufenen – Deutsches Land in Mittel- und Osteuropa“ und 2011 „Angekommen. Die Integration der Vertriebenen in Deutschland“. 2012 wurden alle drei Ausstellungen unter dem Titel „HeimatWEH – Eine Tragedie“ in Anwesenheit von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Kronprinzenpalais eröffnet. In jüngster Zeit sind 2016 „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“ und 2018 „In Lager und Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955“ in der Frankfurter Paulskirche der Öffentlichkeit präsentiert worden. Inzwischen sind diese Wanderausstellungen in der ganzen Bundesrepublik von Millionen Menschen gesehen worden, darunter von vielen Schulklassen und Jugendlichen. Kataloge, Unterrichtsmaterial, Zeitzeugeninterviews, Filme sowie Veranstaltungen zum Thema begleiten die Wanderausstellungen.

Neben der Ausstellungstätigkeit verleiht die Stiftung alle zwei Jahre den Franz-Werfel-Menschenrechtspreis, in diesem Jahr also zum zehnten Mal. Der Preis wird an Einzelpersonen, eigentlich aber auch an Initiativen oder Gruppen verliehen, die sich gegen die Verletzung von Menschenrechten durch Völkermord, Vertreibung und die bewusste Zerstörung nationaler, rassistischer oder religiöser Gruppen gewandt haben. Zu den Preisträgern gehören unter anderem die Nobelpreisträgerin Herta Müller, der Historiker Michael Wolffsohn und in diesem Jahr der Bundespräsident a.D. Joachim Gauck.

Flucht und Vertreibungen sind leider nicht nur Vergangenheit, sondern auch leidvolle aktuelle Gegenwart. Die Vermittlung von Geschichte und der nationen- und generationenübergreifende Diskurs dazu sind auch Mittel zur Verständigung der europäischen Völker.

Daher bleibt die Arbeit der Stiftung auch für die Zukunft von hoher aktueller Bedeutung.





04) Verleihung des Dr.-Dagobert-Nitz-Forschungspreise für pommersche Landesgeschichte  
Pressemitteilung der Historischen Kommission für Pommern e.V.

Historische Kommission  
für Pommern e.V.

Der Vorsitzende



Prof. Dr. Haik Thomas Porada  
Geschäftsstelle der Kommission:  
c/o Vineta-Museum  
Lange Straße 16  
18356 Barth

Tel.: 0341-2348988  
Fax: 038231-77946  
E-Post: [mail@hiko-pommern.de](mailto:mail@hiko-pommern.de)  
Internet: [www.hiko-pommern.de](http://www.hiko-pommern.de)

Datum: 11.08.2020

**Pressemitteilung der Historischen Kommission für Pommern**

Die Historische Kommission für Pommern wird am 26. September 2020 im Rahmen der Jahrestagung der Gesellschaft für pommersche Geschichte, Altertumskunde und Kunst erstmals den Dr.-Dagobert-Nitz-Forschungspreis für pommersche Landesgeschichte verleihen. Mit diesem Preis sollen künftig alle zwei Jahre herausragende Qualifikationsarbeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses im Bereich der landesgeschichtlichen Forschung über das historische Pommern prämiert werden. Der Preis ist mit 5.000 EUR dotiert.

Die beiden ersten Preisträger werden für ihre grundlegenden Forschungen zur Steinzeit in Hinterpommern sowie zum slawischen Mittelalter in Vorpommern ausgezeichnet. Andreas Kotula aus Ilmenau hat sich in seiner Göttinger Dissertation zum Thema „Der steinzeitliche Seeuferplatz Neuwasser bei Rügenwalde (Dąbki, województwo zachodniopomorskie) – Fundplatzstruktur und mesolithische Keramik im nordmitteleuropäischen Kontext“ intensiv mit einer markanten Siedlung aus der späten Mittelsteinzeit (vor etwa 7.000 bis 6.000 Jahren) im weiten Raum zwischen Oder, Weichsel und Ostseeküste beschäftigt. Andreas Kieseler aus Bergen auf Rügen hat in seiner Greifswalder Dissertation zum Thema „Der früh- und hochmittelalterliche Burgenbau im nördlichen westslawischen Raum – Archäologische Studien zu Konstruktionsweise und Anlageform, zu Baumaterial und Bauorganisation“ einen bemerkenswerten Beitrag zum Verständnis der Herrschaftsarchitektur zwischen dem 8. und 12. Jahrhundert im Bereich des Lutizenbundes sowie der angrenzenden rügenslawischen, obotritischen und hevellischen Stammesgebiete vorgelegt.

Zur Preisverleihung werden die Betreuer der Dissertationen, Prof. Dr. Thomas Terberger aus Göttingen und Prof. Dr. Felix Biermann aus Stettin, jeweils eine Laudatio auf die Preisträger halten, die ihrerseits in kurzen Vorträgen die Kernaussagen ihrer Forschungsarbeiten vorstellen wollen. Die Urkunden wird der Stifter des Preises, Dr. Dagobert Nitz, im Beisein des Staatssekretärs für Vorpommern, Patrick Dahlemann, persönlich überreichen.

Die Veranstaltung soll am Sonnabend, dem 26. September 2020, um 20.30 Uhr im Hotel „Trebeltal“, Klänhammerweg 3, 17109 Demmin, stattfinden. Medienvertreter sind herzlich willkommen und können auf Wunsch vor Ort Interviews mit den Preisträgern, dem Stifter des Preises, den anwesenden Vorstandsmitgliedern der Historischen Kommission für Pommern und dem Staatssekretär für Vorpommern führen. Um Anmeldung wird gebeten: [mail@hiko-pommern.de](mailto:mail@hiko-pommern.de)

Nähere Informationen zur Historischen Kommission für Pommern, ihren Projekten und Publikationen finden Sie unter: [www.hiko-pommern.de](http://www.hiko-pommern.de)



**05) Trotz Kirchensteuerrückgang Forschung in Greifswald, Kiel und Schwerin sicher. Kirchenleitung beschließt Grundkonzept für das landeskirchliche Archiv**



Stabsstelle  
Presse und Kommunikation  
Evangelisch-Lutherische  
Kirche in Norddeutschland

Münzstraße 8-10  
19055 Schwerin  
[www.nordkirche.de](http://www.nordkirche.de)

---

Pressemitteilung

31. August 2020

Kirchenleitung beschließt Gesamtkonzept für das landeskirchliche Archiv:

**Trotz Kirchensteuerrückgang Forschung in Greifswald, Kiel und Schwerin sicher**

Schwerin/Greifswald (mw). Die Kirchenleitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) hat ein Gesamtkonzept zum Landeskirchlichen Archiv beschlossen. Dadurch soll die Nutzung von landeskirchlichen Archivbeständen sowie die wissenschaftliche Forschung dazu in Kiel, Greifswald und Schwerin sichergestellt werden. Das entspricht den Bestimmungen des Einführungsgesetzes der 2012 gegründeten Nordkirche. Zugleich musste die Kirchenleitung die Kirchensteuereinträge als Folge der Corona-Pandemie berücksichtigen, die sich langfristig auswirken werden auf die finanzielle Situation der Nordkirche. Die Folge im Blick auf die Archivarbeit: die Kirchenleitung kann den Beschluss für eine Kooperation des Landeskirchlichen Archivs mit dem Pommerschen Landesarchiv und dem Stadtarchiv Greifswald nicht aufrechterhalten. Eine Beteiligung der Nordkirche hätte zu Investitionskosten von gut 1,1 Millionen Euro, zuzüglich der anteiligen Kosten für Grundstück und Verbindung zum im Bau befindlichen Stadtarchiv, geführt.

Zu dieser Entscheidung hat es bereits eine Verständigung mit den Kooperationspartnerinnen und -partnern in der Landesregierung sowie der Stadt Greifswald gegeben. Der Greifswalder Bischof Tilman Jeremias sagt: „Als Bischof unseres Sprengels Mecklenburg und Pommern schmerzt es mich, dass sich die ohnehin angespannte Finanzlage der Nordkirche durch die Corona-Krise noch einmal erheblich verschärft hat, denn für den Pommerschen Evangelischen Kirchenkreis und die Region bedeutet diese Entscheidung einen herben Einschnitt. Die Kirchenleitung hofft nun, dass der durch den Beschluss aufgewertete Archivstandort Schwerin mit den Archivalien aus der Mecklenburgischen und der Pommerschen Kirche gute Forschungsmöglichkeiten bietet. Eine Außenstelle in Greifswald ist für die Arbeit mit den Archivalien weiter nutzbar. Der Dank der Kirchenleitung gilt allen, die sich für diese Archivkooperation eingesetzt hatten und speziell dem Land Mecklenburg-Vorpommern dafür, dass es für diese Kooperation eine großzügige Förderung in Aussicht gestellt hatte.“

Mathias Lenz, Leiter des Dezernates Theologie, Publizistik und Archiv der Nordkirche, erklärt: „Die Nordkirche setzt sich dafür ein, dass mit den an der Erforschung der pommerschen Geschichte Interessierten, den Forschenden, Initiativen und Einrichtungen weiterhin der Dialog konstruktiv geführt wird. Es bleibt ihr ein wichtiges Anliegen, dass das Archivmaterial zur Landes- und Kirchengeschichte Pommerns, für das die Nordkirche Verantwortung trägt, auch weiterhin in Greifswald zugänglich ist.“





Seit Sommer 2018 lagern rund 200 laufende Meter des pommerschen landeskirchlichen Archivgutes in Schwerin. Dabei handelt es sich in der Hauptsache um den zentralen Aktenbestand des früheren Konsistoriums der Pommerschen Evangelischen Kirche mit einer Laufzeit des Bestandes von ca. 1945 bis 2012. Dazu zählen umfangreiche Akten zu anderen kirchenleitenden Gremien der früheren Pommerschen Kirche. Im Bestand Konsistorium spiegeln sich alle Verwaltungsaktivitäten wider, beispielsweise ist dort der gesamte Schriftwechsel mit anderen Behörden, vor allem mit staatlichen Stellen der DDR, zu finden. Seit 2018 wird dieser Bestand durch eine Projektstelle archivarisches erschlossen.

Das künftig in der Nordkirche entstehende Archivgut wird in Kiel übernommen. Deshalb wird dort durch Bausubstanzerhaltung zusätzlich benötigte Archivfläche von etwa 400 laufenden Metern reaktiviert werden. Die Kosten dafür werden sich voraussichtlich auf rund 640.000 Euro belaufen. Diese Mittel stammen aus zweckgebundenen Substanzerhaltungsrücklagen.

Ein weiterer Baustein des Gesamtkonzeptes für das Landeskirchliche Archiv der Nordkirche ist die digitale Archivierung, an der in den kommenden Jahren intensiv gearbeitet werden soll. Dafür sollen die benötigten personellen Ressourcen bereitgestellt werden.

Im September wird eine neue Steuerschätzung erwartet. Da die Höhe der Kirchensteuer anhand der Lohn- und Einkommenssteuer berechnet wird, sind die staatlichen Steuerschätzungen Grundlage auch für die Schätzung zur Kirchensteuer. Sie belief sich im Juni auf eine Höhe von 470 Millionen Euro an Kirchensteuereinnahmen. Im Haushalt 2020, den die Nordkirche im Februar beschlossenen hatte, war noch mit Einnahmen von 536 Millionen Euro gerechnet worden.

#### **Hinweis an Redaktionen:**

**Heute um 12 Uhr** laden wir Sie zu einem Zoom-Pressesgespräch mit folgenden Personen ein:

- Bischof Tilman Jeremias (Sprengel Mecklenburg und Pommern)
- Oberkirchenrat Mathias Lenz, Leiter Dezernat Theologie, Archiv und Publizistik
- Julia Brüdegam, Stellv. Leitung Landeskirchliches Archiv

**Bitte melden Sie sich vorab bis 11.45 Uhr an** unter: [pressestelle@presse.nordkirche.de](mailto:pressestelle@presse.nordkirche.de). Im Anschluss erhalten Sie den Link für das Zoom-Pressesgespräch zugeschickt.

#### **Rückfragen:**

Maren Warnecke, Pressereferentin Stabsstelle Presse und Kommunikation,  
Tel.: 040 369002 25, mobil 0171 8174993; E-Mail: [maren.warnecke@presse.nordkirche.de](mailto:maren.warnecke@presse.nordkirche.de)





06) Heimat und Identität in Europa, gestern, heute und morgen. Festvortrag von Mag. Wolfgang Dvorak-Stocker. Festakt zum Schulvereinstag

**Mag. Wolfgang Dvorak-Stocker**



Geboren am 9. Juni 1966 in Graz, absolvierte Mag. Wolfgang Dvorak-Stocker nach der Ableistung des Wehrdienstes seine Studien der Geschichte, Philosophie und Germanistik in Wien und schloß 1991 mit der Sponson zum Magister phil. ab. Nach einem Auslandsaufenthalt folgte

der Eintritt in das 1917 gegründete Familienunternehmen, zu dem neben dem Leopold Stocker-Verlag u. a. die Landwirt Agarmedien GmbH mit Tochterunternehmen in Deutschland und der Ukraine gehört. Seit 1998 ist Wolfgang Dvorak-Stocker Geschäftsführer und Verleger der Leopold Stocker Verlag GmbH. Im Jahr 2005 folgte die Gründung des auf Politik, Militär und Zeitgeschichte spezialisierten Ares-Verlages; zudem ist Dvorak-Stocker Herausgeber der Zeitschrift „Neue Ordnung“, Graz, und Mitherausgeber der Zeitschrift „Sezession“, Schnellroda. Mag. Wolfgang Dvorak-Stocker ist verheiratet und Vater von fünf Kindern.

Für Überweisungen aus dem Ausland:

BAWAG-PSK IBAN AT67 6000 0000 0155 9093; BIC OPSKATWW

Freitag, 9. Oktober 2020

**Festakt  
zum Schulvereinstag**

**„Heimat und Identität in Europa,  
gestern, heute und morgen“**

Den Festvortrag hält

**Mag. Wolfgang Dvorak-Stocker**  
Verleger und Publizist

Um 19 Uhr im Lannersaal des Rathauskellers, Rathausplatz 1, 1010 Wien

Samstag, 10. Oktober 2020

**Volksgruppenseminar  
Beginn 9.30 Uhr**

Im Anschluß daran haben Sie Gelegenheit zur Aussprache mit den Volksgruppenvertretern über deren aktuelle Situation und Arbeit.

Leitung: Dr. Wolfgang Steffanides

**Treffpunkt Kultur im Schulvereinsthaus  
Fuhrmannsgasse 18a, 1080 Wien**

**Walter Tributitsch: Kärnten, 100 Jahre nachdem „Mannesmut und Frauentreu“ die Heimat sich erstritt aufs neu“**

Eckartschrift 240. 112 Seiten.  
Zahlreiche Bilder in Farbe.  
ISBN: 978-3-902350-77-0,  
Preis: € 9,20, zuzüglich Porto

Die Eckartschrift zum großen Jubiläum!  
Die Österreichische Landsmannschaft veröffentlicht zur 100. Wiederkehr der Kärntner Volksabstimmung ein eigenes Werk zu diesem geschichtsträchtigen Thema. Mit Walter Tributitsch konnte dafür ein besonders geeigneter Autor aus Kärnten gewonnen werden. Der Verfasser ist langjähriger Alt-Herren-Obmann der Wiener akademischen Burschenschaft Teutonia, war geraume Zeit Pressesprecher der Deutschen Burschenschaft und ist Gründungsmitglied der Wochenzeitschrift „Zur Zeit“, wie auch auch ihr Geschäftsführer und Wirtschaftsredakteur.

In unserer Eckartschrift 240 widmet sich Walter Tributitsch dem Jubiläum von Abwehrkampf und Volksabstimmung aus einer neuen Perspektive. Nicht nur, dass erstmals der Versuch gemacht wird, die Rolle der Frauen in diesem für Kärnten und Österreich so bedeutenden Ereignis zu untersuchen und hervorzuheben, geht es unter anderem auch darum, die Entwicklung dieses Bundeslandes unter den wichtigsten Landeshauptleuten zu beschreiben. Insbesondere die zum Teil für Österreich so verhängnisvolle

Haltung der Slowenen wird ausführlich geschildert.

Großes Augenmerk wird der jahrzehntelangen Auseinandersetzung um die zweisprachigen Ortstafeln gewidmet; dazu werden die Positionen Simas, Kreiskys, Haiders, Dörlers, Kaisers und vieler anderer kritisch beleuchtet.

Alles in allem ist die neue Eckartschrift eine Bereicherung für alle diejenigen, die sich für den Themenkomplex „Kärnten, frei und ungeteilt bei Österreich“ interessieren. Durchaus unterhaltsam geschrieben verzichtet die Schrift keineswegs auf gut durchdachte und erarbeitete Recherche!



Die **Österreichische Landsmannschaft**

beehrt sich, Sie zum **Schulvereinstag 2020** herzlich einzuladen.



Am Freitag, dem 9. Oktober 2020, 19 Uhr  
im Lammersaal des Rathausellers,  
Rathausplatz 1, 1070 Wien

### **07) Koschyk bittet Politik um Unterstützung der Minority Safepack Initiative**

Es ist etwas ruhig geworden um die im Vorjahr so fulminant beworbene „Minority Safepack“-Initiative zum Schutz der Minderheiten Europas, die ja mehr als eine Million Unterschriften sammeln konnte. Da kommt der Vorstoß von **Hartmut Koschyk**, dem Vorsitzenden des Stiftungsrates der Stiftung „Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“ und ehemaligen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, gerade recht: [er appellierte nun an die CDU/CSU-Fraktionsspitze](#), sich für die baldige Verabschiedung einer interfraktionellen Entschließung des Bundestages einzusetzen, mit der das Deutsche Parlament seine klare Befürwortung der MSPI gegenüber der Europäischen Kommission und dem Europaparlament zum Ausdruck bringt.

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 118 / 2020, Wien, am 3. September 2020*

### **08) Sonderbriefmarke zum 100. Geburtstag von Lore Lorentz**

Aus Anlaß der 100. Wiederkehr ihres Geburtstages bringt die Deutsche Post zu Ehren der am 12. September 1920 in **Mährisch Ostrau** geborenen **Lore Lorentz** (geb. Schirmer) eine Sondermarke heraus. Lore Schirmer studierte in Wien und Berlin Geschichte und Germanistik. 1947 gründete sie in Düsseldorf mit ihrem Ehemann Kay das erste deutsche Nachkriegskabarett „**Kom(m)ödchen**“, dessen Programme häufig im Fernsehen übertragen wurden. Sie galt als bedeutende Vertreterin des politisch-literarischen Kabarets und wurde mit dem Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet. Heute Vormittag hat der Düsseldorfer Oberbürgermeister **Thomas Geisel** das Leben und Schaffen von Lore Lorentz gewürdigt und die Sondermarke mit Ersttagsbrief und Sonderstempel in der Kleinkunstbühne in der Bolkerstraße vorgestellt.

*Fritz H. Schmachtel*

### **09) Rumänien: Entschädigungsleistungen für Kinder von Deportierten und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg**

Das Gesetz 130/2020, mit dem Rumänien die Entschädigung für die Opfer des Kommunismus auf die Nachkommen der Opfer ausgeweitet hat, ist auf reges Interesse gestoßen. In zwei Gesprächen mit der Redaktion der „Siebenbürgischen Zeitung“ hat der Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), Rechtsanwalt Dr. Bernd Fabritius erläutert, was bei der Beantragung der Entschädigungsleistung zu beachten ist.

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 118 / 2020, Wien, am 3. September 2020*





## Auslegungsfragen zu Entschädigungsverfahren für Deportationen in Rumänien auf dem Weg der Klärung

### Gesetzesvorhaben b429/2020 soll Unklarheiten beseitigen

Die Rehabilitierung für politische Verfolgung in Rumänien (**z.B. Deportation in die Sowjetunion oder die Baragan-Steppe, politische Verhaftung etc.**), vom rumänischen Staat in den Gesetzen (DL) 118/1990 geregelt und durch Gesetz 211/2011 auf Betroffene im Ausland unabhängig von der Staatsangehörigkeit angewendet, wurde durch Gesetz 130/2020 auf **Kinder von Betroffenen** ausgeweitet (vgl. Artikel in der Banater Post vom 5. und 20. August). Offene Auslegungsfragen sollen nun in einem im Rumänischen Senat eingereichten **Änderungsgesetz (Projekt b429/2020)** weitgehend geklärt werden.

**Nach Dekret 118/1990** wird für Verfolgungsmaßnahmen im Zeitraum nach August 1944 an Betroffene eine **monatliche Entschädigungszahlung** von 700 RON (etwa 145 Euro) pro Jahr der Verfolgungsmaßnahme (bei 5 Jahren Russlandaufenthalt also ca. 725 Euro) an den Betroffenen **als Entschädigung** gezahlt. **Nach dem Ableben des Betroffenen** können auch nicht wieder verheiratete Witwen/Witwer und Kinder einen Antrag auf monatliche Entschädigung stellen.

Die gesetzliche Regelung zur **Höhe der Leistung an die Hinterbliebenen** ist (noch) nicht in allen Fallvarianten klar geregelt. Es wird nach aktueller Auslegung auf Grund einer jüngst abgegebenen Stellungnahme der Parlamentariergruppe, die das Gesetz eingebracht hatten, danach unterschieden, ob **Kinder zum Zeitpunkt der Verfolgung der Eltern schon am Leben waren** oder erst nachher geboren wurden und **ob die Betroffenen zu Lebzeiten selbst bereits eine Feststellungs-Decizie der AJPIS** erwirkt hatten. In einigen Fallvarianten werden unabhängig von der Dauer der Verschleppung **Pauschalen** (500 lei = ca. 105 €) als monatliche Entschädigung gezahlt. Wenn Betroffene zu Lebzeiten selbst bereits eine Zahlung nach dem Entschädigungsdekret 118/1990 bekommen haben, können Kinder in Abhängigkeit des Geburtsdatums eine höhere Leistung **bis zur gleicher Höhe der Leistung an den Betroffenen** beziehen.

Nachfolgend sollen durch die bisherigen Klarstellungen in Rumänien bereits geklärte Anwendungsfragen beantwortet werden:

F: Können Kinder auch dann einen Antrag stellen, wenn die verschleppten **Betroffenen noch leben**?

A: Nein, es handelt sich um eine reine Hinterbliebenen-Entschädigung nach dem Ableben der Betroffenen.

F: Wenn **beide Eltern verschleppt** waren, kann für beide eine Leistung beantragt werden?

A: Nein, es steht nach dem Dekret 118/90 pro Antragsteller nur EINE Leistung zu, und zwar die höchste Entschädigung von mehreren möglichen Varianten

F: Wenn der Betroffene **mehrere Verschleppungen** erlebt hat, z.B. nach Russland und danach in die Baragan-Steppe, müssen zwei Anträge gestellt werden?

A: Nein, die Jahre werden in einem Antrag genannt und zusammengezählt.



F: Wenn **mehrere Kinder** vorhanden sind, können Anträge zusammengefasst werden?  
A: Nein, jeder Antragsteller muss einen eigenen Antrag stellen, der auch separat bearbeitet werden muss.

F: Wenn das **Elternteil bereits eine Decizie der AJPIS erwirkt** hat, verstorben ist und das Kind nun einen Antrag stellen will, muss trotzdem ein Verfahren bei der AJPIS eingeleitet werden?

A: Ja, die Decizie der Eltern regelt ja nur den Status der Eltern, jeder Antragsteller muss aber eine eigene Feststellung der Berechtigung bei der zuständigen AJPIS durchsetzen.

F: Ist es dann wichtig, die **AJPIS-Decizie der Eltern vorzulegen**, wenn man sowieso eine eigene Decizie erwirken muss?

A: Ja, unbedingt! Erstens belegt die Decizie der Eltern bereits das Verfolgungsschicksal der Eltern und zweitens steht dann eine deutlich höhere Zahlung zu.

F: Das Gesetz nimmt Bezug auf die Leistung, die der verstorbene Elternteil bekommen hat

(„a beneficiat“). Gilt **der alte oder ein aktueller Betrag**?

A: Dieses ist die wichtigste Auslegungsfrage, die durch das Änderungsgesetz b429/2020 geklärt werden soll. Vorgeschlagen wurde die Klarstellung dahingehend, dass es auch den Zahlungsbetrag bekommen soll, der dem verstorbenen Elternteil zu Zeitpunkt der Antragstellung durch das Kind zugestanden hätte, also ein aktualisierter Betrag.

F: Das sieht alles recht unübersichtlich aus. **Welche Kinder können nun einen Antrag stellen?**

A: Eigentlich alle, nach dem Ableben der Betroffenen. Der Unterschied besteht nur in der Leistungshöhe. Kinder, deren Eltern selbst keine AJPIS-Decizie erwirkt haben, bekommen nach aktueller Auslegung monatlich pauschal 500 Lei = ca. 105 Euro. Bei Kindern, deren Elternteil eine AJPIS-Decizie erwirkt hatte, kommt es auch den Zeitpunkt der Geburt des Kindes an. War das Kind während der Verfolgung der Eltern minderjährig, bekommt es die gleiche Leistung, die der Elternteil bekommen hätte (70 Lei monatlich für jedes Jahr der Verfolgung). Ein nachher geborenes Kind bekommt die Hälfte dieser Summe (350 Lei monatlich für jedes Jahr der Verfolgung).

F: Wenn das Kind selbst während der Verschleppung **am Ort der Verschleppung geboren** wurde, kann es für sich und das verstorbene Elternteil einen Antrag stellen?

A: Nein, es steht nur eine Entschädigung pro Person zu. Es sollte die Leistung beantragt werden, die höher ist (die eigene Leistung nach Zeitdauer, die Pauschalleistung für Kinder ohne Eltern-Decizie oder - meist am höchsten - die Individualleistung für die Zeitdauer des Elternteils, wenn dieses eine eigene Decizie hatte).

F: Wenn der/die Betroffene verstorben ist, aber **der verwitwete Ehepartner noch lebt** und eine Hinterbliebenen-Entschädigung bezieht, können auch die Kinder jetzt Anträge stellen?

A: Das Gesetz enthält keine Rangfolge zwischen Witwe/Witwer und Kinder, so dass





eine Antragstellung auch der Kinder möglich sein muss. Dazu gibt es aber noch keine Festlegung.

F: Sollten Kinder **warten, bis alle Fragen geklärt sind**, oder jetzt schon Anträge stellen?

A: Weil die Leistung gem. Art. 15 DL 118/90 erst ab dem Folgemonat nach Antragseingang gezahlt wird, sollten Anträge frühestmöglich gestellt werden.

F: **Wie lange dauert es**, bis das Verfahren erledigt ist?

A: Man muss mit einigen Wochen bis Monaten rechnen. Es gehen derzeit sehr viele Anfragen und Anträge ein. Diese können nur der Reihe nach bearbeitet werden. Das kann eine Weile dauern.

F: Kann man **selbst etwas zur Beschleunigung machen**?

A: JA, unbedingt: Wenn die Anträge richtig gestellt und von Anfang an alle Belege zutreffend beigelegt werden, können die Behörden in Rumänien gleich die Bescheide machen und die Zahlung anweisen. Werden Anträge aber ungenau, unvollständig und ohne alle erforderlichen Belege gestellt, müssen Rückfragen durchgeführt werden. Das führt zu neuer Bearbeitung und zu Verzögerungen. Auch vermeidbare Rückfragen (telefonisch oder schriftlich) führen zu erheblicher Verzögerung. Ich empfehle daher, zuerst alle Informationsquellen im Internet und in Merkblättern zu nutzen.

F: Wo bekommen wir **weitere Informationen und die nötigen Formulare**?

A: Ich biete allgemeine Informationen zu diesen Verfahren und Formulare auf meiner Homepage [www.fabritius.de](http://www.fabritius.de) (kostenlos) an. Auf Grund der sehr hohen Zahl an Anfragen und Anrufen ist telefonische Beratung nur sehr beschränkt möglich. Deswegen werden alle Formulare und auch die „Verfahrenshinweise“ auf meiner Homepage fortlaufend aktualisiert. Ich empfehle allen Interessierten, diese Informationsmöglichkeit zu nutzen. Das trägt zur Reduzierung des sehr hohen Anfragevolumens auch bei Landsmannschaften und Verbänden bei.

*RA Dr. Bernd Fabritius  
München*

